

Überlegungen zum Klimageld

Gerd Eisenbeiß, 1.1.2024

Viele, auch meine frühen Plädoyers zur Klimaschutz-Steuerung forderten, wesentliche Teile der Staatseinnahmen aus der CO₂-Bepreisung als Klimageld an die Bevölkerung zurück zu geben¹. So hat es auch die Bundesregierung im Koalitionsvertrag beschlossen. So sollte die Belastung der Bürger teilkompensiert werden - bei einer Auszahlung pro Kopf sogar mit sozialer Komponente, weil einkommensarme und kinderreiche Familien tendenziell über-, Reiche dagegen regelmäßig unterkompensiert würden².

Natürlich stand der Vorschlag eines auszahlenden Klimageldes immer in Konkurrenz zu der Erwartung, dass die Transformation in Richtung Klimaneutralität hohe Kosten verursachen würde, die der Staat teilweise durch Subventionen zu mildern hätte.

Nun wird in der Öffentlichkeit immer häufiger angemahnt, das Klimageld endlich auch zu realisieren, obwohl das Bundesverfassungsgericht gerade die Regierungsstrategie verworfen hat, jene Transformationssubventionen aus einem „Sondervermögen“ zu finanzieren, also mittels Zusatzschulden an der „Schuldenbremse“ vorbei.

Damit muss die Regierung eigentlich einräumen, dass die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe nicht mehr für ein Klimageld zur Verfügung stehen. Das tut sie aber nicht, weil sie stur der Linie folgt, der Bevölkerung die wahren Kosten Klimaschutznotwendigkeit zu verschleiern, um die Akzeptanz nicht zu gefährden. Was allerdings nicht gelingen wird!

¹ Als ich meine Vorschläge vor fast 20 Jahren in einer Art Denkfabrik in Bad Boll vorstellte, war die Runde sogar der Meinung, die CO₂-Abgaben sollten der gesamten Weltbevölkerung als Kopfgeld ausgezahlt werde.

² Nun hat SPD-MdB Nina Scheer eine zusätzliche soziale Staffelung des Klimageldes vorgeschlagen - typischerweise ignorierend, dass damit neuer Bürokratie Tor und Tür geöffnet würde.

Zusätzlich wird gerade bei beschleunigter Abkehr von fossiler Energie die Basis des Klimageldversprechens auch schneller verschwinden. D.h. Soweit die höheren Preise auf Grund einer erfolgreichen Klimaschutzpolitik nicht durch technischen Fortschritt sowie Massenproduktion entsprechender Anlagen gemildert werden, bleiben die Bürger so oder so den höheren Lebenshaltungskosten einer nachhaltigen Welt ausgeliefert.

All dies seitens der Regierung transparent zu machen, wird bei ihr für politisch selbstmörderisch eingeschätzt - wahrscheinlich insofern irrtümlich, weil bei der jetzigen Kommunikationsstrategie die Regierung für alles Negative verantwortlich gemacht wird und nicht die Wirklichkeit³. In dieser Wirklichkeit sind doch externe Vorgänge (insbesondere Russlands Krieg gegen den „Westen“) und Langfrist-Verantwortung für einen lebenswerten Planeten Ursache spürbarer Minderung der materiellen Lebenshaltung, d.h. der privaten Kaufkraft.

Nur wenn man die Folgen dieser Vorgänge und Notwendigkeiten auch in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Dimension klar darstellt, wird bemerkt werden, dass keine der Oppositionsparteien alternative Rezepte hat, außer der schlichten Leugnung der Probleme, wie es die AFD bei Klimaschutz und Russlandbild betreibt.

³ Der Bundeskanzlers hat in seiner Sylvesteransprache zwar die uns beeinträchtigenden Krisen genannt, aber erneut behauptet, wir würden alle trotzdem reicher ins neue Jahr gehen, als wären die Preisanstiege nicht existent und die Realeinkommen nicht gesunken. Dass die erklärten Ziele und versprochenen Leistungen die vorhandenen Arbeitskapazitäten ignorieren, kam ebenfalls nicht vor.